Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 52. Donnerstag den 30. April 1908. 36. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung stehen Berichte der Petitionskommission, von denen auf Vorschlag des Präsidenten diejenigen Petitionen erledigt werden, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen.

Ueber die Petitionen wegen Abänderung bezw. Aufhebung des Paragraphen 175 des St.-G.-B. soll nach dem Kommissionsantrag zur Tagesordnung übergegangen werden. Hierzu schlägt die Petitionskommission eine Resolution vor, die Zivil- und Militärbehörden anzuweisen, den bestehenden Gesetzesvorschriften ohne Ansehen der Person Geltung zu verschaffen, ferner dem Reichstage eine Vorlage zur Abänderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes zugehen zu lassen, welche die Ausnutzung des Abhängigkeitsverhältnisses zu unsittlichen Zwecken unter erhöhte Strafe stellt und das Schutzalter auf 18 Jahre erhöht. Die Kommissionsanträge werden ohne Debatte angenommen.

Die Petitionen des Vereins der kaufmännischen Warenagenten in Mannheim, dem § 91 des Handelsgesetzbuches einen Zusatz zu geben, daß die Geschäftsführer verpflichtet werden, in dem Rechtsstreit, der die Provisionsansprüche der Handelsagenten betrifft, die Geschäftsbücher vorzulegen, und die Petition der Handelskammer zu Arnsberg betr. die Abänderung desselben Paragraphen werden, nachdem der Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) dieses Verlangen der Agenten als durchaus berechtigt erklärte, dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Die Petition des Allgem. Deutschen Chorsänger-Verbandes, die Chorsänger und Chorsängerinnen der deutschen Bühnen-, Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung zu unterstellen, wurde, nachdem Abgeordneter Dr. Pfeiffer (Ztr.) auf die Lage des Chorpersonals hingewiesen und konstatiert hatte, daß selbst in Berlin Monatsgagen von 35 bis 40 Mark vorkommen (Hört! hört!), dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu der Petition des Bezirks Lothringen, des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, wegen Durchführung des § 142 des elsaß-lothringischen Berggesetzes lag ein Zentrumsantrag vor, wonach die Statuten der elsaß-lothringischen Knappschaftsvereine, insbesondere die Anrechnung der im Bergbau geleisteten Dienstjahre, rückwirkende Kraft erhalten sollen.

Abg. Giesberts (Ztr.) erklärte die Unzufriedenheit im elsaß-lothringischen Bergrevier, wo 20 000 italienische Arbeiter beschäftigt seien, für zu groß. — Abg. Emmel (Soz.) polemisierte gegen die christlichen Gewerkschaften, die einerseits die Arbeiterforderungen vertreten, andererseits durch ihre sonstige wirtschaftliche und politische Stellung die Arbeiterinteressen verleugnen. — Bundesbevollmächtigter für Elsaß-Lothringen Hallen erklärte, die reichsländische Regierung habe das Ihrige getan, um trotz des Widerstandes eines Teils der Grubenbesitzer im Sinne der Antragsteller vorzugehen. Eine Verpflichtung der Unternehmer, den Arbeitern durch Einräumung der rückwirkenden Kraft der Statuten eine Zuwendung zu machen, bestehe nicht. — Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) meinte, wenn die reichsländische Regierung im Bergwesen unabhängig von Preußen vorgegangen sei, sei sie zum Nachteil der Arbeiter vorgegangen. Die Bergleute seien durch das Vorgehen der reichsländischen Regierung insofern geschädigt, als sie seit 25 Jahren um einen Knappschaftsverein gekommen seien und infolgedessen jetzt keine Rente beziehen, ferner dadurch, daß die Regierung die Errichtung gesonderter Knappschaftsvereine für einzelne Werke zugelassen habe. — Abg. Erzberger (Ztr.) wies die Angriffe Emmels gegen die christlichen Gewerkvereine zurück. Die reichsländische Regierung habe sich bemüht, gewisse Arbeitgeber gefügig zu machen, damit sie für den Paragraphen 7 des Vereinsgesetzes stimmten. Abg. Wetterle habe dies aufgedeckt. — Abg. Will-Straßburg (Ztr.) warf der Landesregierung vor, sie habe das Vereins- und Preßgesetz des Reichslandes zwar verbessert, jedoch stets mit dem Argwohn, daß die Arbeiter von dem Machtzuwachs einen ungeeigneten Gebrauch machen. — Abg. Sachse (Soz.) erklärte, seine Partei beantrage eine Ergänzung des Kommissionsantrages dahin, für die Knappschaftskasse die geheime Vertreterwahl vorzuschreiben. Im Landesausschuß wäre vieles anders gewesen, wenn auch nur eine kleine sozialdemokratische Gruppe darin sich befände.

Es folgten persönliche Auseinandersetzungen. Nachdem sodann Abg. Erzberger (Ztr.) erklärt hatte, daß auch er für den sozialdemokratischen Antrag stimme, und nach weiterer unerheblicher Debatte wurde die Petition nach dem Kommissionsantrag zur Berücksichtigung überwiesen. Die Anträge der Abg. Will und Sachse wurden angenommen.

Darauf trat Vertagung ein

Zur Eulenburg-Affäre.

Wenn das Ermittlungsverfahren in der Meineidssache gegen den Fürsten Eulenburg, wie nach den letzten Aussagen in München ziemlich sicher ist, in für den Fürsten ungünstigem Sinne abgeschlossen sein wird, beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, sofort die Voruntersuchung zu eröffnen, die dann von einem Berliner Richter zu führen wäre. Wie die „N. G. C." hört, ist in München ein weiteres Ermittlungsverfahren eingeleitet, da dringende Verdachtsmomente dafür vorliegen, daß an dem Zeugen Fischermeister Ernst der Versuch einer Beeinflussung seiner Aussage (§ 159) stattgefunden hat. — In den zu erwartenden Prozessen soll, wie man sagt, auch mit dokumentarischem Material gearbeitet werden. Vielleicht handelt es sich um Teile des Briefwechsels zwischen dem Fürsten Eulenburg und dem verstorbenen Hofstvon Fahrenheit und um schriftliche Aufzeichnungen des früheren Privatsekretärs, jetzigen Schwiegersohnes des Fürsten Jarolimeck.

Kriminalkommissar v. Treskow in Liebenberg.

Die Auslassungen der „Neuen Gesellschaftlichen Correspondenz" über den Aufenthalt des Kriminalkommissars von Tresckow in Liebenberg sind inzwischen durch Zuschriften von amtlicher Stelle in mehreren Blättern bestätigt worden. Um das Verfahren der Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit des Fürsten Eulenburg näher zu beleuchten, sieht sich die „N. G. C." veranlaßt, jetzt noch weitere Einzelheiten über die Tätigkeit des Kriminalkommissars von Tresckow bei dem Liebenberger Schloßherrn zu veröffentlichen. Sie bemerkt dabei ausdrücklich, daß sie gegen Herrn von Tresckow, der ihr als Gentleman und Offizier gleich sympathisch ist, keinen Vorwurf erheben will. Denn es ist bekannt, daß er nur den strengen, ausführlichen Weisungen seiner vorgesetzten Behörde gefolgt ist. Er konnte gar nicht anders handeln, als er gehandelt hat. Auf die Auffassung der Staatsanwaltschaft über die Art und Weise, wie ein derartiges Ermittlungsverfahren zu erfolgen habe, wirft die Liebenberger Mission allerdings ein sonderbares Licht. Wir hatten bereits erwähnt, daß der Kriminalkommissar bei dem verdächtigten Fürsten vorher anfragte, ob sein Besuch „genehm" sei, und daß er im Hause des Fürsten Gastfreundschaft genoß. Herr von Tresckow hat, wie wir ergänzend mitteilen, auf Schloß Liebenberg gewohnt. Er hat aber auch auf Einladung des Fürsten in Liebenberg gejagt! Man muß also wohl doch von einer „besonderen Gastfreundschaft" sprechen, die nur dadurch möglich wurde, daß Herrn von Tresckow dringend ans Herz gelegt worden war, seine Mission in aller gesellschaftlichen Form zu erfüllen. Als positives Ergebnis seiner Ermittlungen in Liebenberg hat Herr von Tresckow nach Berlin heimgebracht, 1. die Klage des Fürsten, er werde immer mit seinem unglücklichen Bruder verwechselt (Graf Fritz Eulenburg ist bekanntlich wegen homosexueller Verfehlungen aus der Armee und aus der Gesellschaft verschwunden). Ferner hat 2. Fürst Eulenburg dem Kriminalkommissar gegenüber darauf hingewiesen, daß ihm nur ein einziges Mal in seinem Leben aus Unkenntnis der Verhältnisse ein Malheur passiert sei. Und zwar sei er in Wien, als er dort Botschafter war (!!), in eine öffentliche Badeanstalt geraten, die, wie er nachher erfuhr, ein Treffpunkt Homosexueller war. Sonst habe er mit derartigen Dingen nie in seinem Leben etwas zu tun gehabt. Mit dieser Ausbeute und mit dem Eindruck, daß der Fürst mit seiner Familie sehr behaglich und zufrieden in Liebenberg lebe, kehrte Herr von Tresckow nach Berlin zurück und bekundete nur noch, daß er den Fürsten sehr munter und bei bester Gesundheit angetroffen habe. Daraufhin stellte die Staatsanwaltschaft das damalige Ermittlungsverfahren gegen den Fürsten ein und erhob öffentliche Anklage gegen Justizrat Bernstein wegen Beleidigung des Fürsten.

Die Ermittelungen gegen Eulenburg.

Vor etwa 5 Wochen wurde Riedel, den die Verteidigung Hardens im zweiten Harden-Prozesse als Zeugen benannt hatte und der hierdurch dem Berliner Gerichte bezw. der Staatsanwaltschaft bekannt geworden war, zum ersten Male vernommen. Aber nicht, wie sonst bei solchen Ermittlungen üblich, vor dem Ermittlungsgericht, sondern vor — einem Polizeikommissar! Von jener ersten Vernehmung bis zur Verhandlung vom 21. April wurde Riedel noch dreimal von dem Polizeikommissar vernommen, das letztemal an einem Sonntag. Die Sache scheint als sehr eilig behandelt worden zu sein (denn sonst pflegen Vernehmungen nicht an Sonntagen stattzufinden). Wenn eine Sache von einer Behörde eilig behandelt wird, so darf daraus geschlossen werden, daß sie wichtig erscheint. Zu dieser wichtigen Vernehmung wurde Riedel durch eine schriftliche „Einladung" seitens des Polizeikommissars aufgefordert, die nicht besagt, in welcher Sache oder in welcher Eigenschaft Riedel vernommen werden sollte. Der dieser Vorladung aufgedruckte Betreff „Einwohnerliste" war ein-



Oberstaatsanwalt Isenbiel.

fach ausgestrichen und durch nichts anderes ersetzt. Wer da weiß, wie wichtig gerade die ersten Vernehmungen der Zeugen sind, der wird es durchaus mißbilligen müssen, daß die Berliner Behörde den Polizeikommissar anstatt des Ermittlungsrichters in Anspruch nimmt. Ein weiteres Beispiel für die sonderbare und von sonstigen Gepflogenheiten abweichende Art, wie in dieser Sache ermittelt wird: Am 25. d. M. sind in Starnberg, wie dort offen erzählt wird, eine Anzahl Zeugen vernommen worden. Wieder nicht vom Ermittlungsrichter, sondern diesesmal vom — Bürgermeister!

Deutscher Protestantentag.

Der deutsche Protestantenverein hielt in Hildesheim eine zweitägige Versammlung ab. Nach Erstattung des Jahresberichts folgte eine lebhafte Debatte über die Vorgänge in Rheinland und Westfalen und das Pfarrbesetzungsgesetz, bei der die energische Vertretung der Rechte freier Verkündigung des Evangelismus und der Rechte der Gemeinde den Grundton bildete. Dr. Späth-Breslau referierte über das Thema:

„Was kann der Pfarrer in unseren Tagen von der Gemeinde verlangen".

Der Redner führte aus, das Wort „modern" habe heute viel zu falschen Begriffen geführt. Wir scheuen die Bezeichnung „moderner Pfarrer" nicht in der heutigen Zeit, wo es gilt, lebendig zu wirken. Darin bedarf der Pfarrer der Mitwirkung der Gemeinde. Der Redner erörterte das Arbeitsfeld des Geistlichen auf dem Lande und in der Großstadt. In letzterer sei es notwendig, daß dem Geistlichen ein bestimmter Seelsorgerbezirk zugewiesen werde. Was der Geistliche von seiner Gemeinde zu erwarten hat, richtet sich freilich auch danach, wie der Geistliche sich zur Gemeinde stellt. Nur zu lange ist den Leuten buchstäblich über den Kopf hinweggepredigt worden und man glaubte, daraus Früchte erwarten zu dürfen. Bekehrungssucht und Gewissenstreiberei sind schädliche Erscheinungen im evangelischen Leben. Man redet heute viel von Kirchennot. Sie ist jedoch weniger im Mangel an Kirchen als in der Tatsache zu suchen, daß die Prediger vielfach so predigen, daß das Publikum nicht versteht. „Selig sind, die keine Phrasen machen, denn sie werden verstanden werden" hat neuerdings ein Theologe gesagt. Auf die Verständnisfähigkeit der Zuhörer muß die weitgehendste Rücksicht genommen werden. Zwei verschiedene Bildungskreise treffen sich im Prediger und der Gemeinde. Der Geistliche lebt in der biblischen Gedankenwelt, der Laie steht ihr ziemlich fern oder fremd gegenüber. Das tiefe Mißtrauen, das besonders von Arbeiteragitatoren gegen die Geistlichen gesät wird, ist ein schwerer Schaden. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß die Arbeiter nicht gleichgiltig an der Kirche vorübergehen; auch ihnen darf das Verlangen nach sittlicher Veredelung nicht verwehrt werden. Der Redner schloß: Die Religion muß das ganze gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische sowie das geistige Leben durchdringen. Nicht Weltverneinung, sondern Weltbejahung, nicht Weltdienst, sondern Weltüberwindung ist ihr Ziel. Nicht Zucht und Zwang sollen herrschen, sondern die Werte geschaffen werden, die die Welt umwandeln und erneuern sollen. Arbeiten und nicht verzweifeln, denn die Herrschaft gebührt zu allen Zeiten der Arbeit.

— An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der

Lic. Traub-Dortmund

über die Einblicke, die der Pfarrer in das Familienleben erhält, sich eingehend äußerte. Ueber die Art des Predigens führte er aus: Wir sagen in der Predigt immer, wie es gemacht werden soll. Dieses Mißverhältnis zwischen soll und Tatsache ist die Kluft, die uns das Mißtrauen der Gemeinde einträgt. Wir kommen nicht in die tatsächlichen Verhältnisse des gewerblichen Lebens, das die meisten Gemeindemitglieder vertreten. Darum ist es auch unsagbar schwer, über Einzelheiten aus dem täglichen Leben zu predigen, wobei man auch leicht in Kasuistik verfallen würde. Ferner hat der Pfarrer auch nie in der Art und Weise mit dem Leben zu kämpfen, wie der Mann, der die Predigt hört. Das sind Temperaturunterschiede zwischen dem Geistlichen und den Gemeindemitgliedern, die eine sehr große Rolle spielen. — Nach weiterer kurzer Diskussion wurden die Verhandlungen geschlossen.

Die Deutsch-Marokkanische Gesellschaft

hielt im Architektenhause in Berlin eine Versammlung ab, um, wie es in der Einladung hieß, gegenüber den wenig befriedigenden Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Aeußeren in Sachen der marokkanischen Frage Stellung zu nehmen, da der farblose Inhalt jener Erklärung der Wahrung deutscher wirtschaftlicher Interessen in Marokko und der künftigen Gestaltung deutschen Einflusses, Ansehens und Kredits in Marokko nicht förderlich erscheinen. Nach einer Rede des Grafen Reventlow wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Erregung des deutschen Volkes über Frankreichs unaufrichtiges und willkürliches Vorgehen in Marokko steigert sich fortgesetzt. Diese Erregung wird auch in anderen Staaten geteilt. Obwohl die Deutsch-Marokkanische Gesellschaft in ihrer allgemeinen Versammlung vom 11. Januar den Beweis erbrachte, daß ein wachsendes wirtschaftliches Interesse an Marokko in deutschen Volkskreisen vorhanden ist, und unserer Politik gangbare Pfade nachwies, haben doch der Herr Reichskanzler und der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Reichstage Erklärungen über die Stellung Deutschlands zu dem Verhalten Frankreichs gegeben, die sehr wenig befriedigt haben. Die Versammlung erblickt hierin die Gefahr, daß die Regierung vor französischen Forderungen noch weiter zurückweichen werde, obwohl Frankreich fortgesetzt die Algecirasakte verletzt. Der neueste Versuch Frankreichs, die Abgrenzung Kameruns, die angeblich großmütig zu unseren Gunsten erfolgt sein soll, als Kompensationsobjekt hinzustellen, muß entschieden zurückgewiesen werden. Da das Vorgehen Frankreichs dem Gewissen der zivilisierten Völker und aller geschichtlichen Entwicklung der marokkanischen Ländergebiete widerstreitet, so empfiehlt die Versammlung der Reichsregierung, das durch eine Gesandtschaft an die Mächte erneut zum Ausdruck gebrachte Gesuch des Mulay Hafid, ihm zur Verständigung mit Abdul Azis und zur Schaffung von Ordnung im Lande Frist zu lassen, nachhaltig zu unterstützen."

König Haakon als Antisozialist.

Der amerikanische Professor Max Cracken, welcher in den nordischen Hauptstädten eine Reihe von Vorträgen gehalten hat und soeben nach Amerika zurückgekehrt ist, wurde von den Königen von Schweden, Norwegen und Dänemark empfangen. Das größte Interesse erregte bei dem Amerikaner König Haakon von Norwegen, über den er sich nach seiner Heimkehr wie folgt ausgelassen hat:

„Wenn König Haakon nicht König wäre, würde er ein ausgezeichneter Professor der Nationalökonomie sein! Für diese Wissenschaft hat er ein großes Verständnis. Er weiß auch, daß die Sozialdemokratie in seinem Lande immer mehr Boden gewinnt, was ihm viel Kummer bereitet. Bei einem Frühstück erzählte mir König Haakon, daß er eines Tages auf einige sozialdemokratische Arbeiter zugegangen sei und sie gefragt habe, ob sie Anhänger von der Theorie der Teilung der Vermögen seien. Die Arbeiter hätten natürlich im Brustton der Ueberzeugung mit „Ja" geantwortet. „Gut", habe der König gesagt, wir fangen nächsten Freitag um 12 Uhr an, die Vermögen des Landes zu verteilen." — „Allright", antworteten die Sozialisten. — „Aber, halt," warf der König ein, „wenn die Uhr fünf Minuten nach 12 Uhr zeigt, so werden wieder etliche Kinder

Brandwunden bedeckt vorfanden. Das Kind starb auf dem Transport zum Krankenhause.

** **Nerdingen**, 28. April. **(Trauriger Unglücksfall.)** Als am Samstag Abend das Kind eines Arbeiters, das seinen Vater von der Arbeitsstelle abholen wollte, sich an einem lose angelegten Eisengitter zu schaffen machte, fiel plötzlich das Gitter um. Eine Eisenspitze drang dem Kinde in den Kopf, sodaß es nach wenigen Minuten starb.

** **Köln**, 28. April. **(Beim Kinderspiel erschossen.)** Ein elfjähriger Schüler spielte mit anderen Kindern in den Anlagen am Sachsenring, als ein etwas größerer, unbekannter Junge mit einem Revolver hinzukam. Die Waffe entsund sich und die Kugel ging dem Elfjährigen in den Kopf und verletzte ihn so schwer, daß er verstarb. Entsetzt flüchtete der Täter, der bis jetzt noch nicht erkannt ist.

H **Köln**, 28. April. **(Ein Riesenskandal.)** Oberrheinischen Blättermeldungen zufolge wächst die Krisis der Zentralgenossenschaft Rheingauer Winzer zu einem Riesenskandal aus. Der genossenschaftliche Leiter, Direktor Werner, der eine Auslandsreise unternahm, ist nicht zurückgekehrt. Er hat gewirtschaftet, daß nach neuesten Feststellungen über eine Million Mark Defizit vorhanden ist, für das die aus kleinen Winzern bestehenden Vereine aufkommen müssen. Hunderte von kleinen Leuten sind infolgedessen wirtschaftlich ruiniert. Kleinere Vereine verlieren 90, 80, 70 000 Mark. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, doch steht ein allgemeiner Krach in den beteiligten Winzerkreisen zu erwarten.

„—" **Köln**, 28. April. **(Selbstmord im Gasthause.)** In der Nacht zum Sonntag hat sich in einem hiesigen Gasthause ein Wirt aus Diedenhofen erschossen.

Köln, 28. April. **(In falschem Verdacht.)** In eine fatale Situation kam in Büderich ein Techniker, der unter dem Verdacht, vor einigen Tagen einen Lustmordversuch an einem Knaben in Rath vorgenommen zu haben, verhaftet wurde. Der Techniker hatte im Bahnhofsrestaurant zu Büderich kurze Zeit sich mit einem Polizeiwachtmeister über den Mordversuch unterhalten, als er plötzlich der Tat verdächtig verhaftet wurde. Trotz Alibibeweises wurde er in das Arresthaus gesperrt, das von einer johlenden Menschenmenge umlagert wurde. Abends wurde er dann mit eisernen Fesseln an den Händen nach Rath geschafft, begleitet von einer vielhundertköpfigen Menschenmenge, die auf den jungen Mann eindrang und ihn lynchen wollte. Erst als die Zeugen erschienen, die den richtigen Mordbuben gesehen, wurde die Unschuld des Technikers festgestellt und seine Haftentlassung angeordnet.

„—" **Saarbrücken**, 28. April. **Unter dem Verdacht des Meineides** ist der Bergmann Breyer aus Merchweiler verhaftet worden, der, wie seinerheit berichtet, in der Verhandlung gegen den Steiger Klasen und den Bergmann Götzinger wegen Verleitung zum Meineid und wegen Meineids im Gegensatz zu den übrigen Zeugen unter Eid bekundet hat, nichts von den Beamtenbestechungen zu wissen. Demgegenüber lauteten die Aussagen der übrigen Zeugen so fest und bestimmt, daß es Aufsehen erregte, als Breyer trotz aller Ermahnungen des Vorsitzenden bei seiner Aussage verharrte. Breyer wird sich nun selbst wegen Meineids zu verantworten haben. Mitte Mai ist wieder eine gerichtliche Verhandlung wegen der Beamtenbestechungen im hiesigen Bergrevier zu erwarten.

Zeppelins neues Luftschiff.

Das neue „Modell Nr. 4" des Grafen Zeppelin unterscheidet sich von dem Luftschiff Nr. 3 hauptsächlich durch seine größeren Abmessungen und durch die Verwendung erheblich stärkerer Motoren. Während das letzte Modell eine Länge von 128 Meter, einen Durchmesser von 11,7 Meter und drei Motoren von je 140 Pferdestärken hat, wird das neue Luftschiff eine Länge von 135 Meter, einen Durchmesser von über 15 Meter und drei Daimler-Motoren von je 140 Pferdestärken erhalten. Bezüglich der Motoren ist sodann insofern ein ganz besonderer Fortschritt zu verzeichnen, weil sie bei verhältnismäßig geringerem Gewicht bedeutend leistungsfähiger sind (zwei Kilogramm pro Pferdestärke gegen vier Kilogramm beim letzten Luftschiff). Was die Geschwindigkeit des neuen Ballons anbelangt, so hofft Graf Zeppelin, sie auf 75 Kilometer pro Stunde zu bringen, während bei den letzten Versuchsfahrten im vorigen Herbst eine Geschwindigkeit von 50 Kilometer, mit dem Wind eine solche von 80 Kilometer erzielt wurde. Der Aktionsradius des neuen Luftschiffes wird auf zirka 2300 Kilometer geschätzt, was einer Flugmöglichkeit vom Bodensee bis nach Königsberg und zurück gleichkäme. Der neue Ballon wird bei Nachtfahrten eine Scheinwerferausrüstung erhalten. Es wird das Luftschiff eine vollständige Einrichtung für drahtlose Telegraphie aufweisen, also auch eine Sendeanlage, während das Schiff Nr. 3 nur eine Empfangsstation hatte. Die Kosten des neuen Ballons werden sich auf zirka 400 000 Mark belaufen. (Berl. Tgbl.)

Der Apoldaer Frauenmörder.

Ueber den Gattenmörder Koch, der dieser Tage in das Gerichtsgefängnis zu Weimar eingeliefert worden ist, werden uns von der „Deutschen Journalpost" noch eine Anzahl charakteristischer Einzelheiten mitgeteilt, die den Inhalt mancher Schauerromane noch um ein Bedeutendes übertreffen. Es dürfte schon heute feststehen, daß man es in Koch mit einem Massenmörder zu tun hat, der die Frauen, die in seine Nähe kamen, ermordete und die Leichen in bestialischer Weise zerstückelte und bei Seite schaffte. Nachdem Koch den Mord an seiner Frau eingestanden, wurde er Ende vergangener Woche auf Veranlassung des Untersuchungsrichters nochmals nach Groß-Romstedt gebracht, um an der Stätte, wo er seine dritte Frau ums Leben gebracht, vernommen zu werden. Die schauerlichen Fundstücke wurden ihm hierbei nochmals vorgelegt und Koch wiederholte sein Geständnis über den Mord. Von hier aus ging der Transport nach Oberndorf, wo inzwischen in dem Garten des damals von Koch bewohnten Hauses ebenfalls Leichenteile aufgefunden worden waren, von denen man annahm, daß sie mit dem Verschwinden der früheren Kochschen Wirtschafterin, einer Frau Zeise, in Verbindung zu bringen sind. Es wurde im Garten ein Stück Rückgrat mit sechs Rippenansätzen aufgefunden, an welchem Brandspuren bemerkbar waren. In der Wohnung selbst wurden noch Blutspritzer an der Zimmerwand entdeckt. Auch hier wurde Koch den Beweisstücken gegenübergestellt, aber er leugnete hartnäckig, die Frau Zeise ermordet zu haben. Bei dem Transport ereigneten sich verschiedene erschütternde Szenen. So wurde Koch von der Tochter der Frau Zeise gesehen, welche in heftiges Schluchzen ausbrach und den Mörder verwünschte. Auf der Chaussee begegnete Koch einem seiner Söhne und einer Schwester, die durch die Begegnung in große Gemütsbewegung versetzt wurden. Auf dem Apoldaer Bahnhof angekommen, versuchte ein hier als Streckenarbeiter beschäftigter Sohn des Koch den entmenschten Vater anzugreifen. Diese Szenen müssen auf Koch denn doch eingewirkt haben, denn am Abend hat er eingestanden, daß er auch die Frau Zeise umgebracht hätte. Welchen Einfluß der 64jährige Mann auf Frauen ausübte, geht daraus hervor, daß er schon wieder eine Frau gefunden hatte, die ihm die Wirtschaft führen wollte. Aus irgend einem Zufall hat sie aber ihren Dienst noch nicht angetreten. Inzwischen erinnern sich die Leute, daß auch die zweite Frau Kochs und ein erwachsener blinder Sohn vor einigen Jahren ganz plötzlich verstorben sind und Koch über die Todesursache verdächtige Angaben gemacht hat. Es wird bereits erwogen, auch diese Leichen auszugraben, um zu untersuchen, ob auch hier Verbrechen Kochs vorliegen.

Aus aller Welt.

— **Ein Bergsturz**, dem zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich infolge der enormen Regengüsse der letzten Tage in einer Ortschaft in der Nähe Buckinghams (Vereinigte Staaten) ereignet. Aus Ottawa wird darüber telegraphiert: Ein Bergsturz am Abhange des Western-Hill-Berges am Flusse Lievre hat das an diesem Flusse gelegene Dorf Notre Dame de la Salette verschüttet. Gegen zwanzig Häuser wurden zerstört und dreißig Menschen getötet, sieben Leichen sind bereits geborgen. Aerzte und Krankenpfleger eilten aus der 20 Kilometer entfernten Stadt Buckingham zur Unglücksstätte. Das Dorf liegt in wenig bewohnter Strandgegend.

— **Ein Heuschreckenschwarm** von bis jetzt noch nicht dagewesenem Umfang kam vom Süden Kairouans nach Tunis. Der Zug bedeckte 60 000 Hektar Land bei Djeboui und verheerte weiter eine Reihe von Ortschaften, die bis 30 Kilometer von Tunis entfernt liegen. Der Schwarm wird wahrscheinlich in Richtung auf Tebourka weiterziehen. Die Heuschrecken haben eine große Menge Eier auf die Erde gelegt. Das Ausschlüpfen der jungen Tiere wird gegen den 5. Mai erwartet. Die Behörden treffen umfassende Maßnahmen zur Beseitigung der Heuschreckenplage.

— **Die Granate als Kerzenleuchter.** In Mardorf in Oberbayern explodierte eine auf dem Felde gefundene und als Kerzenständer verwendete Granate in der Familie eines Bauern abends beim Rosenkranzbeten. Fünf Personen wurden teils schwer, teils minder schwer verletzt.

— **Der Teegenuß** im deutschen Heere soll auf Anregung des Kaisers hin noch mehr als bisher gefördert werden. Die neue Felddienst-Ordnung trägt den kaiserlichen Bestrebungen in diesem Sinne jetzt dahin Rechnung, daß sie die Ausgabe von Tee (neben dem Kaffee) durch die fahrenden Feldküchen auf langen Märschen als „ratsam" bezeichnet. Nach den letzten Statistiken war der Teeverbrauch in Deutschland — mit einem Sechstel Pfund pro Kopf der Bevölkerung (gegen 6½ Pfund in England) — sehr niedrig.

*

Grossfeuer

wütete Dienstag früh in Thorn am Seglertor, wodurch die Dachstühle und die oberen Stockwerke des Hauses Seglerstraße 4 und des benachbarten Hotels zum Goldenen Löwen eingeäschert wurden. Die aus vier Köpfen bestehende Familie eines Gelegenheitsarbeiters sprang, bevor die Feuerwehr zur Stelle war, aus dem vierten Stockwerk auf untergelegte Betten und Matratzen auf die Straße hinunter. Der Mann brach beim Sprunge die Wirbelsäule und liegt hoffnungslos im Krankenhaus darnieder. Ein Knabe wurde leicht verletzt, während die Frau und ein zweites Kind unverletzt blieben. Mehrere Familien sind obdachlos.

*

— **Die französischen Studenten** sind Dienstag von Berlin nach Hamburg abgefahren. Die deutschen Studenten hatten ihre Kommilitonen an den Zug begleitet und winkten ihnen unter dem Absingen des Liedes :„Muß i denn" den Abschiedsgruß zu.

— **Die 17 Jahre alte Plätterin** Fanny Schneider, die erst vor kurzem aus Wilhelmshaven nach Hamburg gekommen war, hat Selbstmord verübt, indem sie sich mit Gas vergiftete. Die Lektüre von Schauerromanen scheint nachteilig auf das junge Mädchen eingewirkt zu haben.

— **Der Bankraub in Tiflis.** Die Polizei hat bei einem Waffenhändler in Sofia namens Tufektschiew 13 500 Rubel in Fünfhundert- und Einhundertmarkscheinen gefunden, welche, wie die Untersuchung ergeben hat, von dem Diebstahl in der Tiflis er Bank herrühren. Tufektschiew gestand, die Summe von armenischen Revolutionären erhalten zu haben, denen er für 20 000 Rubel Bomben und Explosivstoffe geliefert habe.

— **Die Pest?** Ein über Port of Spain in Newyork eingegangenes Telegramm aus Caracas vom 21. d. M. meldet, daß La Guaira wegen der dort herrschenden rätselhaften Krankheit vollständig isoliert ist. Der Eisenbahnverkehr zwischen La Guaira und Caracas ist eingestellt worden. Ein militärischer Sänitäts-Kordon umschließt den betreffenden Teil des La des. Die Regierung hat noch nicht zugegeben, daß die Krankheit die Bubonenpest ist. Nach den von ausländischen Aerzten stammenden Auskünften sind in fünf Wochen fünfzig Todesfälle an der Krankheit vorgekommen.

— **Feuer** brach in Petersburg in der Abuchovschen Stahlgießerei der Marineverwaltung aus. Das Feuer konnte erst Sonnabend gelöscht werden. Vier Abteilungen der Geschützgießerei, eine Abteilung der Geschützverschlußgießerei und das ganze Zentralgebäude sind niedergebrannt. Der Schaden wird auf fünf bis sieben Millionen Rubel geschätzt.

— **Mit durchschnittener Kehle** wurde in Leipzig die Kernmacherfrau Ponikau aufgefunden. Sie konnte nur noch angeben, daß ihr 19jähriger Schwager ihr Mörder sei Der Täter, ein Arbeiter Ponikau, wurde bereits in Dölitz verhaftet.

Neueste Nachrichten

Der Reichstag

erledigte am Mittwoch zunächst in dritter Beratung den Gesetzentwurf über die Beschäftigung von Hilfsmitgliedern im Patentamte, nachdem Abg. Cuno betont hatte, daß die Zahl der Hilfsmitglieder möglichst beschränkt bleiben müsse. Dann folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs auf Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, der nach längerer Debatte in der Fassung der Kommission angenommen wurde. — Abg. Stolle (Soz.), meint, die Novelle habe einen rein agrarischen Charakter, sie wolle die Industrie zugunsten der Landwirtschaft benachteiligen. Hiergegen müsse man sich ganz entschieden wenden. Er stelle nun, um die Härten für die einzelnen Gemeinden zu beseitigen, den Antrag, große Verbände zu bilden. Die Mehrheitsparteien seien dafür, daß die Altersgrenze auf 16 Jahre herabgesetzt werde, angeblich weil die jungen Leute schon mit 16 Jahren selbständig werden. Aber hierin liege doch ein innerer Widerspruch, denn beim Vereinsgesetz sei ihnen das Recht genommen, mit 16 Jahren politischen Vereinen anzugehören. (Beifall bei den Soz.) — Abg. Horn-Reuß (natl.): Wir sind der Meinung, daß die Vorlage keinen agrarischen Charakter hat. Insbesondere ist die Herabsetzung der Altersgrenze von 18 Jahre auf 16 Jahre lediglich aus allgemeinen Billigkeitsgründen erfolgt. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde die Umarbeitung des ganzen Unterstützungswohnsitzgesetzes notwendig machen, der Antrag würde es auf ganz andere Grundlagen stellen. — Abgeordneter Cuno erklärte für die freisinnige Fraktionsgemeinschaft, daß sie trotz mancher Bedenken dem Gesetze zustimme, da es wenigstens auf dem Gebiete der Armenpflege die lang ersehnte Rechtseinheit bringe. Angenommen wurden ferner zwei Resolutionen der Kommission, in denen der Reichskanzler ersucht wird, dahin zu wirken, daß den Ortsarmenverbänden an der Grenze, die durch aus dem Auslande kommende verarmte Deutsche besonders belastet sind, die nicht erstattungsfähigen Kosten durch den Staat ersetzt werden, sowie, daß durch Landesgesetze die Zusammenlegung von mehreren Gemeinden zu Ortsarmenverbänden geregelt werde. Schließlich wurde die Novelle zum Vogelschutzgesetz in zweiter Beratung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. In der Debatte wies Abg. Ahlhorn darauf hin, daß in seiner Heimat Oldenburg zwar der Krammestvogelfang mittels des Dohnenstieges noch erlaubt sei, aber 80 Prozent der Bevölkerung dort über die Aufhebung dieser Erlaubnis außerordentlich erfreut sein würde.

Der Senioren-Konvent

trat am Mittwoch kurz vor Beginn des Plenums zusammen und kam dahin überein, daß die große Sommerpause am 8. Mai eintreten soll. Vorher sollen die noch vorliegenden Gesetzentwürfe in der Weise verabschiedet werden, daß auf die Tagesordnung des Donnerstags die Lloyd-Zulagen, die Teuerungszulagen, das Automobilhaftpflichtgesetz, die Münznovelle und das Postscheckgesetz gesetzt werden soll. Am Freitag kommen der Versicherungsvertrag, der Wechselprotestgesetzentwurf und die Abänderung des § 833 des BGB. (Haftung des Tierhalters) an die Reihe. Der Sonnabend bleibt in der Hauptsache für die Erledigung von Wahlprüfungen reserviert. Der Montag wird der Beratung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises, der Dienstag der der Kolonialbahnen und der Mittwoch der Aufarbeitung etwaiger Rückstände gewidmet sein. Am Donnerstag und Freitag folgen dann dritte Lesungen. Am Freitag tritt voraussichtlich Vertagung ein. Der Beschluß der Reichsregierung, der dazu notwendig ist, liegt aber noch nicht vor.

Ein schweres Unglück in der deutschen Marine.

Ein schweres Unglück hat die deutsche Marine betroffen. Aus Kiel wird darüber halbamtlich gemeldet: Bei einer Sprengübung des Linienschiffes „Elsaß" wurde Dienstag abend 8 Uhr in der Kieler Bucht durch ein Versehen in der Bedienung eine Sprengpatrone, die in der als Sprengboot dienenden Dampfpinasse lag, vorzeitig entzündet. Durch die Explosion der Patrone wurden getötet: Der Torpedobootsmannsmaat Gustav Löwe und der Oberheizer Wurm. Schwer verwundet wurden die Torpedo-Obermatrosen Damerow, Müller III und Wentzlaff, sowie der Torpedo-Matrose Stenzinger. Leicht verwundet wurden der Fähnrich z. S. Jürgens und der Maschinisten-Maat Groth. Die vier schwer verwundeten Leute sind dem Marine-Lazarett überwiesen worden.

Das Linienschiff „Elsaß" ist auf der Schichauwerft zu Danzig gebaut und im November 1904 fertiggestellt worden; es besitzt eine Wasserverdrängung von 13 200 Tonnen und eine Schnelligkeit von 18 Seemeilen. Die Besatzung einschließlich der Offiziere beträgt 691 Mann

Ueber ein „Menetekel" für König Peter

wird aus Belgrad berichtet: Erst nachträglich wird ein Vorfall bekannt, der sich am Palmsonntag in Anwesenheit König Peters in der Kathedrale zutrug. Der Militärpfarrer Sava Kesitsch bestieg die Kanzel und begann seine Predigt. Ein flüstern des Raunen ging durch die Reihen der Anwesenden, als der Geistliche seine Ansprache mit einem Hinweis auf die Erhebung gegen die Türken begann und des Tages gedachte, da vor einem Jahrhundert die Schlüssel der Festung Belgrad dem Fürsten Milosch Obrenowitsch übergeben wurden. Der Geistliche tadelte dann mit leidenschaftlicher Schärfe die Undankbarkeit serviler Schmeichler, die vermeinten, die Bedeutung jener großen Epoche der serbischen Geschichte dadurch zu beeinträchtigen, daß sie die offiziellen Erinnerungsfeiern an jenem Tage mit Gewalt unterdrückten. Die Stimme des Geistlichen steigerte sich, und mit einem dramatischen Hinweis auf das Grab des Fürsten Milosch rief er: „Dort ruht ein Herrscher, der Serbien sein Erbteil wiedergab, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, und der durch die Hand eines gedungenen Mörders fiel. Wehe dem Anstifter dieser schmählichen Tat! Wehe dem Verräter!" Eine dumpfe Pause trat ein, alle Blicke richteten sich auf den König Peter, der als einziger in der Versammlung einen scheinbaren Gleichmut zur Schau trug. Sein ältester Vetter, der Vater des jetzigen serbischen Gesandten in Konstantinopel, war ja vor vierzig Jahren wegen Ermordung des Fürsten Milosch gehängt worden. Der Prediger fuhr fort, er pries die Verdienste der einstigen Herrscher aus dem Hause der Obrenowitsch und schloß seine Predigt mit einem Aufruf, einzustimmen in sein Wort: „Ehre sei ihnen! Ehre!" Mit begeistertem Beifall ward der Ruf aufgenommen. „Ehre! Ehre!" hallte es donnernd durch die Wölbungen des Gotteshauses, und die dröhnenden Rufe pflanzten sich fort zu den Passanten auf den Straßen. Als der Prediger die Kanzel verließ, umdrängten ihn die anwesenden Geistlichen, beglückwünschten ihn und versprachen ihm ihre finanzielle Hilfe, sobald die Regierung seine Entlassung verfügen würde. Nach ihrer Ansicht hat er das Unheil wieder gut gemacht, das in die serbische Kirche einzog, als der Metropolit sich dazu herbeiließ, die Königsmörder zu segnen. Nachträglich ist bekannt geworden, daß der unerschrockene Geistliche den Metropoliten von seiner Absicht verständigt hatte, der sich anfangs ablehnend verhielt, aber seinen Untergebenen schließlich mit den Worten entließ: „Gott segne dich, mein Sohn, allein die Folgen deines Handels mögen dein Haupt allein treffen".

H **Berlin**, 29. April. Die außerordentliche Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das **Baugewerbe** hat dem **Schiedsspruch** der drei Unparteiischen (Siehe bes. Art.) nach mehrstündiger lebhafter Debatte **zugestimmt.** Vor der Fällung des Schiedsspruches war für 57 deutsche Orte bereits eine Einigung erzielt worden, während in einer großen Reihe von Bezirken noch Differenzen bestanden.

H **München**, 29. April. Der Kommandant des deutschen Luftschiffer bataillons, **Major Groß**, war in den letzten Tagen in Friedrichshafen bei dem **Grafen Zeppelin**, um wegen der geplanten Aufstiege Vorkehrungen zu treffen. Es werden Anfang Juni Aufstiege mit den Luftschiffer ballons 3 und 4 unternommen werden, zu denen eine Kompanie der Luftschiffertruppe aus Berlin eintrifft. Wenn die neuen Luftschiffe den an sie gestellten Anforderungen entsprechen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß in Friedrichshafen dauernd eine Abteilung der Luftschiffertruppe untergebracht wird. Für die Aufstellung seiner Zelthalle soll bereits ein Platz angekauft worden sein.

⊠ **Innsbrück**, 29. April. In Feldkirchen wurde ein Bauer durch den Hufschlag eines Pferdes so heftig gegen eine Stallwand geschleudert, daß er **tot zu Boden** fiel. Die Leiche wurde von dem wütenden Pferde zertreten.

⊠ **Berge**, 29. April. Am Chiemsee **zerschmetterte**, als ein Hüttenarbeiter einen Böller mit einem Zündholz abbrennen wollte, der losgehende **Schuß demselben den Kopf** und beraubte einem in der Nähe stehenden Zuschauer das Augenlicht.

⊠ **Petersburg**, 29. April. **Tolstoi** hatte an einem der letzten Tage einen tiefen Ohnmachtsanfall. Am nächsten Tage wiederholte er sich, jedoch ziemlich leicht. Da die Anfälle sich in leichter Form wiederholten, so sind die Aerzte um den Patienten besorgt.

Ein vierter Unfall in der englischen Marine.

⊠ **Portsmouth**, 29. April. Der aus Blyth kommende Kohlendampfer „Pearl" kollidierte bei der Einfahrt in den Hafen mit dem Kriegsschiff „Ormidable", das beschädigt wurde. (S. auch unter England.).

W **Algier**, 29. April. Gestern nachmittag wurde auf dem italienischen Konsulat der **Vizekonsul** von einem Italiener, dem die Visierung seines Vaters verweigert wurde, **durch einen Revolverschuß am Kopfe verletzt.** Ein Konsulatsbeamter, der dem Vizekonsul zu Hilfe kommen wollte, erhielt 2 Schüsse, infolge deren er nach wenigen Minuten verstarb.

Verantw. Redakteur: Fr. Meyer in Kamen.

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 52. Donnerstag den 30. April 1908. 36. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Nationalliberaler Parteitag.

In der Hauptversammlung des in Magdeburg abgehaltenen nationalliberalen Parteitages für Preußen wurden in das Präsidium Geh. Justizrat und Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Dr. Krause und Geh. Kommerzienrat Zuckschwerdt (Magdeburg) gewählt. — Hierauf wurde folgender

Wahlaufruf der Nationalliberalen Partei für die preußischen Landtagswahlen

zur Beschlußfassung vorgelegt: „Der Preußische Staat steht an einem Wendepunkte. Ein allmähliches Fortschreiten im freiheitlichen Sinne bahnt sich an. Die nationalliberale Partei hat maßgebenden Anteil an den Errungenschaften im Reiche. Sie ist berufen und gewillt, auch in Preußen im politischen Kampfe die Führung zu übernehmen. Ihre Grundsätze sind hier wie dort die gleichen: Dem nationalen Gesichtspunkt bedingungslos den Vorrang vor allen anderen Rücksichten einzuräumen. — In der Wirtschaftspolitik nicht einseitigen Interessen zu dienen, sondern den Ausgleich aller Interessen anzustreben. — Ueber den wirtschaftlichen und materiellen Fragen die geistigen und ideellen nicht zu vernachlässigen — nicht mit hochtönenden Schlagworten und leeren Demonstrationen einer wohlfeilen Popularität nachzujagen, sondern durch ausführbare Vorschläge und Maßnahmen greifbare Erfolge zu erzielen. — So werden wir wie bisher für alles eintreten, was der großpolnischen Gefahr gegenüber nottut. Wir wollen Frieden mit unseren polnischen Mitbürgern. Ist der Frieden aber nicht anders als durch Kampf zu erreichen, so werden wir auch weiterhin die Mittel bewilligen, die zur kraftvollen und nachhaltigen Durchführung einer nationalen Politik in den Ostmarken erforderlich sind. — Daß Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Beamte und Bevölkerung nicht feindliche Gegensätze darstellen, sondern aufeinander angewiesen sind, um im Austausch ihrer Leistungen und im Zusammenwirken ihrer Kräfte für sich und für die Gesamtheit das Beste zu erringen — an dieser so oft von uns geäußerten und betätigten Ueberzeugung halten wir fest. Niemals darf im Wettbewerb der wirtschaftlichen Kräfte außer Acht gelassen werden, daß eine Gemeinsamkeit der Interessen die Grundlage des nationalen Wirtschaftslebens bildet. Diese Gemeinsamkeit der Interessen verlangt indeß auch, daß den schwächeren Teilen durch die Allgemeinheit zu Hilfe gekommen wird. Hieraus ergibt sich die Verpflichtung zu einer kraftvollen und tief greifenden Sozialpolitik, die sich jedoch nicht auf die Arbeiter beschränken darf, sondern auch den Mittelstand, die öffentlichen und Privatbeamten umfassen muß. Doch darf sie nicht die Grenzen überschreiten, die jeder Sozialpolitik durch die notwendige Erhaltung unserer Leistungsfähigkeit im wirtschaftlichen Wettkampf der Völker und durch die Wahrung der berechtgiten Interessen auch der Arbeitgeber gezogen sind. — Auch in diesem Wettkampf fällt der Sieg schließlich dem geistig am höchsten stehenden Volke zu. Schon aus diesem Grunde müssen wir für alles eintreten, was die Volksbildung fördert. Das geistige Leben eines Volkes bedarf aber vor allem der Freiheit. Darum verlangen wir Freiheit im Denken und Glauben, im wissenschaftlichen Forschen und dem künstlerischen Schaffen, Duldsamkeit für jede Richtung, die auf sittlicher Grundlage beruht. Insbesondere fordern wir den vollen staatlichen Schutz der Lehrtätigkeit für die Mitglieder unserer theologischen Fakultäten beiderlei Konfessionen und die unbeschränkt gleiche Anerkennung aller wissenschaftlichen Richtungen der Theologie. — Auch die Volksschule bedarf der Freiheit. Wir wollen keineswegs die Religion aus der Schule verdrängen, aber die geistliche Schulaufsicht beseitigen, die weder der Schule noch der Kirche selbst frommt. Wir wollen ferner die Aufsicht des Staates nicht ausschalten, aber ihr feste und klare, unter dem Schutz des Rechts gestellte Grenzen ziehen gegenüber der Selbstverwaltung der Gemeinde. Wir wollen auch unsere Schule und ihre Lehrer befreien von der materiellen Not, unter der sie gegenwärtig leiden, und durch einen gerechten Ausgleich der Schullasten zumal der Bedrängnis der Landschulen und der Landschullehrer steuern und der Landflucht der Lehrer entgegenwirken. — Die Neuregelung des Mädchenschulwesens, das bisher auf unzureichender Grundlage keruht und große und besonders strebsame Teile unseres Volkes der notwendigen Förderung entbehren läßt, darf nicht längert verzögert werden. — Gleich den Lehrern müssen die Geistlichen und Staatsbeamten endlich der dringend notwendigen Gehaltsaufbesserung teilhaftig werden. — Die hierzu erforderlichen Mittel müssen beschafft werden. Unnötige und unproduktive Ausgaben sind zu vermeiden; auf größere Sparsamkeit ist in allen Zweigen der Staatsverwaltung Bedacht zu nehmen. Für ein dringendes Erfordernis erachten wir die Reorganisation der gesamten staatlichen Verwaltung. Es gilt, das Verfahren unserer Behörden zu veranfachen und entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung zeitgemäß umzugestalten. — Nachdrücklich fordern wir die schleunige Inangriffnahme der Reform des preußischen Landtagswahlrechts. Von der Einführung des Reichstagswahlrechts ist abgesehen. Die Reform hat den veränderten tatsächlichen Zuständen und dem Rechtsbewußtsein unserer Zeit zu entsprechen. Deshalb verlangen wir eine Neueinteilung der Wahlkreise, die jedoch nicht einseitig die Bevölkerungsziffer berücksichtigen darf, sondern der geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der verschiedenen Landesteile und Bevölkerungsschichten Rechnung zu tragen hat. Wir verlangen bei der Bemessung des Wahlrechts des einzelnen Bürgers neben der Bewertung der Steuerleistung die Heranziehung ideeller Momente, die den Wert der Einzelpersönlichkeiten für den Staat bestimmen. Wir wollen endlich, um dem Wähler zu ermöglichen, daß ihm anvertraute Wahlrecht frei und uneingeschränkt auszuüben, die indirekt durch direkte, die öffentliche Stimmabgabe durch die geheime ersetzen. — Wähler! In bedeutungsvoller Stunde treten wir vor Euch. In Euren Händen liegt Euer Schicksal. Die Verfassung hat Euch das Recht gegeben, durch die Wahlen zur Volksvertretung mitzuwirken an der geschichtlichen Entwickelung unseres Vaterlandes. Bei einem politisch mündigen Volke wird dieses Recht auch ohne gesetzlichen Zwang zur Pflicht. — Angesichts des Ernstes der Zeit rufen wir Euch zu: Seid Euch Eurer Verantwortung bewußt! Tut Eure Pflicht!"

Namens des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei eröffnet Reichstagsabg. Bassermann die Versammlung. Sodann nahm nach Erledigung einiger Formalitäten als erster Redner Abg. Geh. Rat Friedberg zum Thema:

Stellung zu den Landtagswahlen

das Wort. Er führte aus: Schon in Wiesbaden ist auf die Notwendigkeit der Blockpolitik hingewiesen worden, die geeignet ist, dem Liberalismus die Stellung wiederzugeben, die ihm gebührt. Die Blockpolitik hat bereits Erfolge gezeitigt, sodaß mißvergnügte Gegner bereits gesagt haben, man sei bei Vereins- und beim Börsengesetz auf eine granitene Mauer gestoßen. Was ich aber als Preuße nicht unterschätzen will, ist die Tatsache, daß es gelungen ist, gewisse Quertreiber abzuschütteln, die Uneinigkeit in die Reihen des Liberalismus tragen wollten. (Lebh. Beifall. Sehr richtig!) Die Blockpolitik im Reiche ist freilich auch an Preußen nicht spurlos vorübergegangen. Die Regierung mußte einige Rücksicht nehmen, auch auf den Liberalismus. Warum sind aber die Erfolge der Blockpolitik in Preußen noch so gering? Wir haben unsere Forderungen nicht überspannt, haben immer Rücksicht genommen auf die Blockpolitik im Reiche. Der Grund liegt darin, daß die mächtige konservative Partei im preußischen Abgeordnetenhause ihre Machtstellung in keinem Punkte aufzugeben geneigt ist. Sie fühlt sich als Herr der Situation. (Sehr richtig!) Ebenso wollte sie keinen Bruch mit dem Zentrum herbeiführen; sie wollte in nationalen Fragen mit der nationalliberalen Partei gehen, anderswo aber auch mit dem Zentrum. Der Redner bespricht eingehend die Stellung, die die nationalliberale Partei bei den Schulfragen und bei der Polenfrage eingenommen hat und wendet sich dann den wirtschaftlichen Aufgaben zu. Man müsse dafür sorgen, daß die Schwachen nicht durch den Starken unterdrückt werden. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft müsse die innere Kolonisation weitergefördert werden. Weiter ist nötig der Ausbau des Wegenetzes und von größter Bedeutung ist eine gesunde Mittelstandspolitik. Im Handel muß Treu und Glauben wieder hergestellt werden. Die Privatbeamten sollen durch Einbeziehung in die Versicherung geschützt werden. Die Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten ist dringlich. Wir verlangen die Gleichstellung aller Beamten mit gleicher Vorbildung und Tätigkeit. Die Lösung der Frage ist unaufschiebbar und muß erfolgen, auch wenn der Block im Reiche die Finanzreform nicht durchführt. Eventuell müssen durch eine Spezialsteuer die Mittel zur Erhöhung der Bezüge der Reichsbeamten beschafft werden. Auch in der Fürsorge für die arbeitenden Klassen werden wir fortfahren. Auf dem Gebiete der Tarifverträge muß der Staat recht vorsichtig vorgehen. Es wäre falsch, wenn der Staat nur diejenigen bevorzugte, die die Tarifverträge sich zu eigen gemacht haben. Warten wir die Entwicklung ab. Sind Tarifverträge ein wirksames Friedensmittel, so werden sie sich durchsetzen. Dann wird auch der Staat freudig für sie eintreten. Die Sozialpolitik findet ihre Grenze an der Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der Industrie. (Zustimmung.) Dr. Friedberg geht dann zu den Kulturaufgaben über und betont, wir verlangen freie Forschung. Auch den theologischen Fakultäten muß die Freiheit der Wissenschaft unangetastet bleiben. (Beifall.) Wir fordern für alle theologischen Richtungen gleiches Licht und gleichen Schatten, au ch in den Konsistorien. Der Kultusminister darf sich nicht hinter den Konsistorien verstecken. Das entspricht nicht der Würde eines preußischen Ministers. (Lebh. Zustimmung.) Wir wollen keine Bevorzugung bestimmter Kunstrichtungen zu ungunsten anderer. Auch für die höheren Lehranstalten und ebenso für die Volksschulen muß unbedingt der Grundsatz der Freiheit maßgebend sein. Redner fordert weiter Besserstellung der Geistlichen und Lehrer. Die Reform des höheren Mädchenschulwesens ist bisher nur zu sehr verschleppt worden, sie muß schleunigst in Angriff genommen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben unsere Frauen in den Konkurrenzkampf gezwungen. Da müssen sie auch wirtschaftlich stark gemacht werden. Wir fordern auf allen Gebieten Sparsamkeit und in der Verwaltung brauchen wir einen mehr bürgerlichen Zug. Die freiheitliche Entwickelung unseres Staatslebens, die Freiheit des Glaubens und Denkens, soziale Gerechtigkeit — das sind die Kennzeichen unter denen wir siegen wollen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Geheimrat Krause

bespricht die Einteilung der Wahlkreise und das Wahlsystem. Denke man nur an die Veränderungen in der Bevölkerungszahl und in den steuerlichen Verhältnissen. Charlottenburg und Frankfurt a. M. wählen nur drei Abgeordnete, die 72 steuerschwächsten Kreise, die auch nicht mehr Steuern zahlen, wie diese beiden Städte, wählen 131 Abgeordnete. (Lebh. Hört! Hört!) Die Aenderung der Wahlbezirke ist so gerechtfertigt, daß ihr niemand entgegentreten sollte. Freilich wollen wir keineswegs die Arithmetik zu Hilfe nehmen. Maßgebend muß sein, wie schon Hobrecht einmal sagte, „Land und Leute". Die Landwirtschaft ist immer noch eins der bedeutendsten Gewerbe. Sie hat ebenso Verdienste, wie auf der anderen Seite Handel und Industrie. Es muß ein Ausgleich geschaffen werden. (Beifall.) Auch beim Wahlsystem wollen wir eine mittlere Linie innehalten. Die Entwicklung hat immer ungünstiger lewirkt für die dritte Abteilung. Da muß man fragen: Haben denn die unteren Schichten und der sogenannte Mittelstand noch den politischen Einfluß, der im Interesse des Staates wünschenswert ist? (Lebh. Zurufe: Nein! nein!) Die jämmerliche Wahlbeteiligung, die Abstinenz weiter Klassen ist die größte Verurteilung des preußischen Wahlsystems. (Zustimmung.) Bedauerlich ist, daß die Arbeiter heute noch ihre Vertretung in der Sozialdemokratie suchen. Daß aber die Arbeiter auch ein Recht haben, mit ihrer politischen Meinung gehört zu werden, werden Sie nicht in Abrede stellen wollen. Es wäre unliberal und unstaatsmännisch, den Arbeitern ein Wahlrecht zu belassen, das ihnen nichts nützt. Hier muß eingesetzt werden. Wir bedauern den Mangel an Wärme in der Erklärung des Reichskanzlers zum Wahlrecht. Welches System gewählt wird, darüber werden wir hinwegkommen. Der Redner bespricht die Uebernahme des Reichstagswahlrechts in Preußen. Kein Nationalliberaler denke daran, das Reichstagswahlrecht im Reiche zu beseitigen. Etwas anderes ist die Reform in Preußen. Da kann man doch gewisse Fehler des Reichstagswahlrechts anerkennen. In Preußen ist eine ganz andere staatliche Grundlage wie im Reiche. Das erfordert auch ein anderes Wahlrecht. Der Redner bespricht dann die einzelnen Forderungen. Die eventuelle Einführung des Pluralwahlrechts usw. Die indirekte Stimmabgabe habe heute keinen Wert mehr. In der Frage, of öffentliche oder geheime Wahl, haben sich die Gegensätze in der Partei mehr und mehr verflüchtigt. Die Zahl derer wächst, die sagen: Weg mit der öffentlichen Stimmabgabe! Der Redner schließt: Wir werden zu erreichen suchen, was zu erreichen ist. Dazu müssen wir aber besonders bei diesen Wahlen tüchtig in die Agitation eintreten und jeder Wähler muß bei den Wahlen seine Pflicht tun. (Brausender Beifall.) — Es trat dann eine kleine Pause ein.

Nach einer Diskussion wurde der Wahlaufruf einstimmig angenommen.

Amtsrichter Meinke (Stolp) regte die Frage der Wahlbündnisse an. Nachdem jetzt bei der Freisinnigen Vereinigung die Klarstellung in den eigenen Reihen erfolgt sei, wäre es angebracht, daß zwischen den drei liberalen Parteien jetzt eine Verständigung erzielt werde, weil die Unterschiede nur verschwindend kleine seien. (Lebh. Widerspruch.) Er möchte anregen, daß den Vertretern im Abgeordnetenhause nahegelegt wird, möglichst in ein Wahlbündnis mit den andern Parteien einzutreten. (Vereinzelter Widerspruch.) — Vizepräsident Dr. Krause erwidert, das müsse den einzelnen Wahlkreisen überlassen werden. Es seien da sehr delikate Personenfragen zu erledigen.

Damit waren die Beratungen beendet und der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf die nationalliberale Partei und den Zentralvorstand den Parteitag.

Internationaler Getreide- und Kartoffelbau.

Unsere Statistik beschäftigt sich mit der Ausnutzung der Erdoberfläche für Getreide- und Kartoffelbau, soweit aus den zivilisierten Ländern hierüber Angaben vorliegen. Das Land des Weizens ist demgemäß Nordamerika, wo noch mehr Weizenanbau getrieben wird, als in Rußland, das in Europa den Vogel abschießt. Auch Oesterreich-Ungarn bevorzugt den Weizenbau, wenigstens Deutschland gegenüber, während es hinter den romanischen Ländern etwas zurückbleibt. In der Roggenbestellung folgt auf das Kornland Rußland gleich Deutschland, dessen Roggenfläche diejenige Oesterreich-Ungarns um die Hälfte übersteigt und alle anderen Länder weit hinter sich läßt. Bei der Gerste marschiert wieder Rußland voran, in weitem Abstande folgt Amerika, dann Oesterreich-Ungarn und jetzt erst Deutschland. Auch beim Hafer bleibt Rußland voran, Amerika nimmt die zweite Stelle ein und Deutschland folgt, dem sich Frankreich und dann erst Oesterreich-Ungarn anschließt. Kartoffeln baut Rußland ebenfalls am meisten, Deutschland folgt ihm aber unmittelbar, dem sich Oesterreich-Ungarn wieder anschließt. Mit Ausnahme einer kleinen Differenz beim Weizen erscheint daher Rußland als das Land der Landwirtschaft par excellence.

